

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Alexander König, Angelika Schorer, Manfred Ländner, Andreas Lorenz, Jakob Schwimmer, Max Strehle, Dr. Manfred Weiß, Otto Zeitler, Josef Zellmeier** CSU,

Harald Schneider, Dr. Thomas Beyer, Dr. Simone Strohmayr, Bernhard Roos, Annette Karl, Dr. Paul Wengert SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Bernhard Pohl, Dr. Otto Bertermann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Anne Franke, Reiner Erben, Ludwig Hartmann, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon, Julika Sandt, Renate Will und Fraktion (FDP)

Drs. 16/17551, 16/17695

Mehr Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- je Regierungsbezirk eine Stadt und drei Gemeinden unterschiedlicher Größe auszuwählen, bei der die Unfallbelastung nach den Feststellungen des Kinderunfalllases deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt liegt und in enger Abstimmung mit den Entscheidungsträgern von Straßenbaubehörden, Straßenverkehrsbehörden und Polizei im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und nach Möglichkeit umzusetzen, um die Situation zu verbessern, und hierüber dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit zu berichten.
- sicherzustellen, dass Städte und Landkreise bessere Möglichkeiten erhalten, an innerörtlichen Straßen im Bereich von Betreuungseinrichtungen und Spielplätzen Tempo 30 sowie an Kreis- und Staatsstraßen ohne Fuß- und Fahrradwege Tempo 70 anzuordnen. Die Staatsregierung soll Spielräume bei Ermessensentscheidungen zugunsten der Verkehrssicherheit nutzen.

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident